

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volkstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage, Veranlassung für die Redaktion: Max Gumbertig, für den Verleger: Rudolf Kochanski, beide in Halle. - Redaktion: Halle, Dr. Franz Meier, 17, Bernauerstr. 5407. - Druck und Vertrieb nach Dresden und Leipzig vormittags von 11 bis 12 Uhr. - Druck und Vertrieb der Volkstimme in S. u. N. in Halle, Dr. Weininger 27.

Wagnispreis: Monatlich 1.25 Mark. Halbes Jährlich 12.50 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. - Verleger: Halle a. S., Große Poststraße 40. - Druck und Vertrieb: Halle a. S., Große Poststraße 27. - Zeitungsgesellschaft Seite 411.

Nr. 143.

Halle, Freitag, den 27. Juni 1919.

8. Jahrgang.

Der „Friede“ und das Recht auf Revolution.

In einem Artikel seiner Korrespondenz äußert sich Friedrich Staupfer über die Bedeutung des sogenannten Friedens für uns. Er schreibt u. a.: Als Karl der Große die Sachsen besiegte, die Gefangenen zu Tausenden abgeschlachtet hatte, ließ er die überlebenden einen Eid schwören, daß sie Botan und Natur und allen ihren Feindschwestern entsagten. Gezwungen wandten sich die Sachsen einem Christentum zu, das nicht weniger blutig war als ihr altes Heidentum. Vordem und nachher ließen sich alle Eroberer von den Untertanen die Treue schwören. Sie begnügten sich nicht damit, die brutale Gewalt zu haben, die jeden Widerstand brechen konnte, sondern sie suchten die Untertanen auch mit moralischen Stricken zu schnüren. In den barbarischen Ländern, in denen noch Throne stehen, ist der König sein Recht nicht nur aus einem blutigen Gewaltverhältnis, das seit Jahrhunderten vererbt ist, sondern er tut es von Gottes Gnade und merkt sich gegen ihn auf, ist nicht nur ein Hund, der ins Loch muß, sondern auch ein vom Himmel selbst für ewig verworfenes Subjekt. In die Stelle einer Affekterregung, die dem Schutze der Mächtigen vor ihren Sklaven diene, ist in neuerer Zeit die Aftersmoral

getreten, die im Namen von Recht und Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit den besiegten Feind zum Sklaven macht. Den skandalösen Besiegten in Paris genügt es nicht, gegenüber dem westlichen Deutschland das Recht des Siegers zu protestieren, was natürlich nach einer Aufhebung der gesamten westlichen Moralität ist, sondern sie verlangen ein Vertragsverhältnis zuzulassen, das vor Völkerrecht und Moral geistig sein soll. Diese dummen armen Teufel von Deutschen sollen nicht nur hergeben, was man mit vorgestreckter Pistole von ihnen verlangt, sondern sie müssen es auch noch schriftlich geben, das heißt alles nach bestem Recht vorgegangen sei, daß sie eine gerechte und gnädige Strafe empfangen hätten, und daß sie sich freiwillig verpflichteten, alle ihnen abgeprochenen Versprechungen unverbrüchlich zu halten, andernfalls sie selber zuhaden, daß sie vertragsbrüchig, verworfene Subjekte seien, die nicht anderes verdienen, als neue Bestrafung.

Was ist angeht solcher Belagerung der gegebenen Standpunkt für die deutsche Sozialdemokratie, für alle internationalen Sozialisten, für jeden anständigen, rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt? Da ist es wohl Zeit, sich daran zu erinnern, daß der moderne Sozialismus der Erbe der klassischen Philosophie ist, daß die Arbeiterbewegung nicht denkbar ist, ohne die bürgerliche Revolution, die

das Gesetz der Menschenrechte

verlündete. An den Beginn jenes Zeitalters finden wir das eiserne Wort Jean Jaques Rousseaus gestellt: Niemand hat das Recht, sich selber in Sklaverei zu verkaufen.“ Rousseau lehrte, daß alle staatlichen Machtverhältnisse nur aus freiwillig eingegangenen Verträgen gerechtfertigt werden könnten. Zwangens Eide gelten nicht, eprechte Versprechungen sind Null und nichts. In diesem Sinne sprach auch Schiller in seinem „Zem“ von den ewigen Rechten, die droben in den Sternen hängen und von dem letzten Mittel der Unterdrückten.

Karl Marx war kein Gegner sondern ein Schüler jener besten klassischen Epik, wenn er die Skandale des kapitalistischen Moralitätens mit blutigen Schlägen geißelte. Marx suchte das Recht, von dem er nicht sprach, fand aber überall nur Macht und Gewalt in den staatlichen wie in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Der seine Denkwelt kennt, kann sich leicht vorstellen, wie er über jene armen Seelen gehäut hätte, die bei der Unterzeichnung eines neuen Gewaltvertrages am liebsten noch etwas von der Heiligkeit der Verträge murmeln möchten.

Nein, der freien Papier, den Deutschland in Versailles unterzeichnet, weil es unterzeichnen muß, ist wirklich gar nichts Heiliges, er ist das Unheilste, Schmutzigste, Niederträchtigste, was die Welt gesehen hat, und nicht Befolgung, sondern Durchbrechung bis zur vollständigen Zertrümmerung ist hier der richtige Weg. Sagen wir unseren Gegnern offen, einer Vertragsrecht nicht genau so weit wie eure Macht und unsere Vertragstreue, genau so weit wie unsere Ohnmacht. Eprechte Gelübisse haben uns nicht, über scheinmoralische Zusicherungen stolpern wir nicht! Und wenn später einmal eure Moralpaffen und Vorurteile wegfallen sollten, so sagen wir schon heute: Die Schurken sind nicht wir, die diesen Vertrag brechen wollen und brechen werden, und man muß uns nicht

immer können, sondern die Schurken sind die, die uns diesen Vertrag aufgezwungen haben.

Dem Recht der Unterdrückten, die triumphierend ihren unterdrückten Vertrag kündigen, setzen wir das Recht der Unterdrückten, das ewige unveräußerliche Menschenrecht,

das Recht der Revolution

entgegen. Fobien predigen und Dummköpfe glauben es, daß man jetzt gegen Gustav Bauer Revolution

machen müsse. Das Blatt, das uns am eifrigsten und freudigsten den Zwang zur Anschaffung predigt, nennt sich wie zum Spott Freiheit. Eufichtige wissen schon jetzt, und bald wird es auch in den bedürftigen Massen dämmern: Es gibt jetzt nur eine „zweite Revolution“, das ist die Revolution gegen den siegreichen Entente-kapitalismus. Ihr Sieg ist durch die Unterzeichnung des sogenannten Friedens hinausgehört worden, aufgehoben kann er nicht werden. Und am wenigsten an ihm hindern soll uns jenes Affenbild, das man den Frieden von Versailles nennt.

Kein neuer Krieg im Osten!

WTB. Künigsberg, 26. Juni. (Drahtnachricht.) Oberpräsident von Baiern hat eine Erklärung veröffentlicht, die über die Bewegung in den Disprovinzen klärt. Nach dem Inhalt der Erklärung wird es nach neuen anderen gegen Deutschland Ehre und Zukunft gerichteten Bedingungen der Polonisierung der deutschen Ostmark bringt, haben Bewohner der Disprovinzen an mich das Ersuchen gerichtet mich mit anderen nach vorkünftig vom Reich zu trennenden, die Nordgebiete unabhängigen Staatgebildes zu stellen, um so die Selbstbestimmungsrechte der Polen, unabhängig von der durch den Friedensvertrag gebundenen Reichsverfassung, zu erhalten. In voller Würde aus der vorkünftigen Absichten der Urheber dieses Plans habe ich meine Bestätigung zurück abgelehnt und vor allem die deutsche Bevölkerung gebeten, sich nicht an demselben beteiligen zu lassen. Sie liegen vor allen Dingen in der Ansichtlosigkeit eines menschlichen Widerstandes, der richtig vorberichtet und einsehend erfolgreich hätte sein können, jetzt aber schnell und rathlos zusammenbrechen und das engere und weitere Vaterland den schmerzlichen Folgen eines Bruches des Friedensvertrages aussetzen würde.

Berlin, 27. Juni. (WZ.) Wie verschiedene Blätter melden, ist die Ansicht, die Ostgebiete als selbständige Republik auszurufen, ausgegeben worden.

Die Halle'sche Zeitung bringt folgende Drahtung aus Thorn vom 26. Juni:

Die Ansicht, die Disprovinzen als Republik auszurufen, ist ausgegeben worden. Die deutschen Volksräte haben mit den polnischen Volksräten bereits frühling genommen. Beide Volksräte fordern in einem gemeinsamen Aufruf die Bevölkerung zur Mut und Anfechtung der Ordnung an. Zur Sicherheit wurde eine deutsch-polnische Sicherheitswehr gebildet, welche unter dem Kommando je eines deutschen und polnischen Offiziers stehen wird. Zur weiteren Verhandlung mit dem Obersten Polnischen Volksrat sind die Mitglieder des polnischen, deutschen und polnischen Volksrates nach Polen abgereist.

Demnach beginnt der Osten langsam zur Vernunft zu kommen und aus dem nationalitätlichen Faulel, in den ihn eine unverantwortlich heiserliche Propaganda der Disunter verlegte, zu erwachen. Die Blätter vom Schlage der Halle'schen Zeitung überboten einander in den verführerischen Wodungen, um unseren geunglam gepflanzten Osten in ein neues blutiges Abenteuer zu stürzen, aus dem wir letzten Endes — nach Ansicht unserer eigenen Generale — doch besiegt und völlig vernichtet hervorgegangen wären. Die Ringelsteife einiger Liebesparatien träumten bereits von Disrepublik, die sich nach demartem Vorbild im Westen) von Welche trennen und gegen die Polen kämpfen würden. Sentationell populäre das Halle'sche reaktionäre Standblatt bereits diese Ideen einiger ihrer überkandidelten Gewährsleute als Aufgabe einer gewaltigen Bewegung aus, um heute im Verfolg obiger Nachrichten wie eine gefundene Idee über den Widerstand zu wehlagern. „Wir müssen die Lage, in der sich Deutschland befindet, parteipolitisch ausnutzen.“ Das ist das A und O all dieses Treibens, das der Osten endlich fass zu haben scheint. Schon in den Tagen der widerrechtlich vorzeitigen Besetzung Polens haben sich die Volksräte in ihrer Verhandlungstafel, die darauf abzielte, unter Verhinderung der Lebensinteressen der deutschen Bevölkerung für Ruhe und Ordnung zu sorgen, glänzend bewährt. Hoffen wir, daß es ihnen im Verein mit den beiderseitigen Behörden gelingt, das schwergestrichelte Land auf durch die Lage der Erniedrigung, der Enttäuschung und der Hoffnungslosigkeit zu bringen.

Germann Müller und Dr. Bell unterzeichnen.

Berlin, 26. Juni. (WZ.) Die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell haben sich auf einmütiges Ergehen der Reichsregierung eingelassen, als

unterzeichnen. Sie haben geglaubt, sich unter dem durchdringbaren Druck der Rüstung und dem unbedingten Bedürfnis, endlich zum Frieden zu kommen, sich diesem letzten und schließlich schmerzlichen Opfer nicht entgegen zu können.

Gesandter von Gaudel hat dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, eine Note zuzustellen lassen, in der er im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen den a. und a. Regierungsmitteln, daß als deutsche Bevollmächtigte zur Vertragsunterzeichnung namentlich bestimmt sind erstens der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller und zweitens Reichsminister Dr. Bell. Eine Unterzeichnung war auf die Ultimatumforderung der Entente notwendig.

Beide haben bereits am Donnerstagabend ihres Reises nach Versailles angetreten.

Unterzeichnung am Sonnabend.

Versailles, 26. Juni. Der Oberste Rat der Alliierten hat einer Meldung des „Temps“ zufolge beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Sonnabend, den 28. Juni, 3 Uhr nachmittags festzusetzen. Die Vollmacht der deutschen Delegation wird Sonnabend vormittag gepreßt werden. Die Regierung hat beschlossen, eine Siegesfeier am 1. Juli am läplich des Nationalfestes abzugeben.

Das sollen wir ehrlieh halten?

Der Artikel 21 der Friedensbedingungen sagt: „Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennen an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die verbündeten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

Das müssen wir unterschreiben, schreibt der Vormwärts, obwohl es dem nicht gelogen ist. Wir werden es mit fester Hand unterschreiben, weil man uns die Pistole auf die Brust fest! Wir werden aber die Schwach der Gegner, den Unterlegenen zum Lügen zu zwingen, fortgesetzt in die Welt hinausrufen, und wir werden nicht zucken, bis der schandhafte Segen Papier gerissen ist!

Die preußische Regierung bleibt im Amte.

Berlin, 26. Juni. (WZ.) (Amlich.) Im Anstuh an die heutige Tagung der Landesversammlung hat das preußische Staatsministerium beschlossen, im Amte zu bleiben, und aus diejenigen Mitglieder, die erklärt hatten, auszutreten, verpflichtet, auf ihren Polten auszuweichen.

Ein leider notwendiger Ernp.

Berlin, 26. Juni. Ein Erlass des Oberbefehlshabers und Reichswehrministers Roste verbietet allen innerhalb dieses Reichslands bei Eisenbahnen betriebenen beschäftigten Personen die Niederlegung der Arbeit, beschließt deren Wiederaufnahme am 28. Juni und unterlagt jegliche Wajforderung zur Arbeitsniederlegung.

Wuch die Östlichen Eisenbahnen freitrenn.

Görlitz, 26. Juni. In einer gestern nachmittags in der Stadthalle abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Görlitz und Umgegend wurde einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Der Verkehr auf den preussischen Bahnen ist daher eingestellt. Die Gründe für den Streik sind in der Hauptfache die gleichen wie in Breslau.

Was Ja oder Nein.

Von Ed. Ljefse, W. d. R.

Die Tage in Weimar von 18. bis 28. Juni werden unvergessen bleiben, der sie mit erlebt hat. Ja oder nein? Das seit dem 12. Mai, der in der Aula der Berliner Universität ziemlich einmütig die Ablehnung des Friedensvertrages brachte, in fast allen Fraktionen eine Umwälzung sich vollziehen hatte, war bekannt. In welchem Umfang sie erfolgt war, wußte niemand sicher. Die Fraktionsberatungen begannen. Der fraktionellen Schwere der Verantwortung war sich jeder bewußt. Nur die Deutschnationalen waren einmütig bei ihrem Nein geblieben. Aber ihre Ablehnung des Vertrages war aus anderen Erwägungen erwachsen. Als Vertreter des ländlichen Großbesitzes hatten sie nicht allgütig zu befürchten. Rüdten die Ententebeere ein, so bildeten die Ländgüter das naturgemäße Quartier für die feindlichen Offiziere. Als solche waren deren Besitzer vor Brandstiftung und Plünderung geschützt, und vielleicht lassen die feindlichen Truppen mit den notwendigen wirtschaftlichen Arbeiten, oder sie sorgten wenigstens dafür, daß die einzelnen Kreise die Arbeiten verrichteten. Das konservative Nein war somit nicht bedrückt durch die Verantwortung, die sich aus der Ablehnung für das Schicksal der großen Volksmassen ergab.

In unserer Fraktion zeigte sich gleich vom Beginn der Beratungen an, daß die weitaus meisten Vertreter des westlichen und des südwestlichen Reiches für Annahme des Friedensvertrages waren, während die Genossen aus dem bedrohten Osten fast ebenso geschlossen die Ablehnung befürworteten. Telegramme gelangten zu Hunderten an die Fraktionen und an die einzelnen Mitglieder des Parlaments. Die einen beschworen uns, unter keinen Umständen den Vertrag anzunehmen; die anderen forderten ebenso dringlich, jeder Ablehnung zu widersprechen. Alle beriefen sich auf die Lebensinteressen des Volkes, auf seine Gegenwart und Zukunft. Und alle waren dazu berechtigt. In welchem Schritte wir uns auch entschließen mochten, es war ein Sprung ins Dunkle. Und wie die Entscheidung auch fallen würde, das Volk konnte immer nur die Folgen des geschehenen Beschlusses leiden, nicht aber die Folgen, die eingetreten wären, wenn der gegenteilige Beschluß gefaßt worden wäre. Es war von vornherein klar, daß die Mehrheit, welche sie für Annahme oder für Ablehnung des Vertrages sein, die Bürgel würde einstecken müssen. Denn die Folgen waren auf jeden Fall verhängnisvoll.

Eingehend erörtert wurde die Frage, ob an Vornahme einer Volksabstimmung bestanden werden sollte. Nachdem sich jedoch ergeben hatte, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die Mehrheit des Volkes sich für Annahme des Vertrages entscheiden würde, ließen wir den Gedanken fallen, denn inzwischen hatte sich herausgestellt, daß bereits im Parlamente eine Mehrheit für die Annahme war, obwohl nach wie vor niemand an der Unzerfallbarkeit wichtiger Vertragsbedingungen zweifelte. Bei dieser Sachlage auch noch die Gesamtheit des Volkes für die Annahme verantwortlich machen, hätte bedeutet, den feindlichen Regierungen noch ein weiteres Druck- und Zwangsmittel in die Hand zu spielen. Das Parlament hätte sich auf Kosten des Volkes entlastet. Diese Politik mochten wir nicht einschlagen, und dadurch war die Frage der Volksabstimmung für uns erledigt, abgesehen davon, daß die technischen Schwierigkeiten für eine rechtzeitige Vornahme des Referendums vielleicht doch unüberwindbar gewesen wären.

Die Entscheidung mußte mitteln vom Parlament allein und selbständig getroffen werden. Und Stunde um Stunde, Sitzung um Sitzung, Tag um Tag wurde mit Beratungen ausgefüllt. Man sieh, daß manchem Vertreter aus dem Westen, dem der sofortige Einmarsch der feindlichen Heereskräfte und die unmittelbare Wiederaufnahme der Kriegshandlungen drohte, diese unentzerrbare Gefahr die Annahme des Vertrages erleichtert hat, wie wiederum die verhältnismäßige Sicherheit in den mittleren Gebieten Deutschlands manchem das Nein nahegelegt hat. Im allgemeinen jedoch kann erklärt werden, daß nur aus der Gewissenhaftigkeit und aus der Schwierigkeit heraus, abzumägen, ob das Ja oder ob das Nein dem Volk größere Leiden bringen würde, die Debatte sich tagelang hinzog, wie auch bei den Vereimern ein Rest von Zweifel übrig blieb, ob nicht doch die gegenteilige Entscheidung die richtige gemein wäre.

Aus den neutralen wie aus den feindlichen Ländern lagen wertvolle befreundete Stimmen vor, die zur Ablehnung des Vertrages rieten, weil dadurch die Stellung derer gestärkt würde, die im Auslande auf Seite Deutschlands ständen. Auf der anderen Seite waren auch Neußerungen feindlicher Oberführer, namentlich belgischer und französischer, bekannt geworden, daß sie der freudigen Hoffnung lebten, an und in Deutschland Verrückung zu üben für die Vermittlungen, die der Krieg ihren Heimatländern gebracht hätte.

Am dritten Tage der Fraktionsberatungen wurde in jeder Fraktion eine Probeabstimmung vorgenommen. Sie ergab eine Mehrheit für die Annahme. In der Regierung standen sich beide Auffassungen gleich stark gegenüber. Die aus Versailles zurückgekehrte Delegation empfahl einmütig die Ablehnung. In unserer Fraktion hatte die Probeabstimmung das Verhältnis von 2 (Ja) zu 1 (Nein) ergeben. Die nach Weimar bestimmten Führer der Freiwirtschaftspartei hatten übereinstimmend ihr Gutachten dahin abgegeben, daß ein Kampf im Westen nicht aufgenommen werden könne.

Entscheidend fiel schließlich ins Bewußt, daß auch bei Ablehnung die schließliche Annahme nicht verhindert werden könne. Die Aufforderung an die Konventionen und Nationalparlamente, die Regierung zu übernehmen, falls eine Mehrheit für die Ablehnung des Vertrages sich finde, wurde abgelehnt. So ist gegeben, was am 22. und 28. Juni geschehen ist. Das zunächst zwei Vorbehalte gemacht wurden, ist auf Eraberger zurückzuführen, der versichert hatte, er sei unterrichtet, daß Entente beide Vorbehalte annehmen.

Zu ändern ist nichts mehr. Waden wir uns das Leben gegenteilig nicht noch schwerer, als es schon ist. Wer noch hoffen kann, mag hoffen. Arbeit, intensiver

Arbeit für das Ganze ist unsere Pflicht, unter Recht, unter Trost. Die Schuld ist noch dem Hirwana wäre beschlagnahmt, aber sie würde zur Schwäche führen, während wir Kraft und Taten brauchen.

Die Todesstrafe der Gegenrevolution.

Daß in Deutschland gegenrevolutionäre Kräfte am Werke waren und sind, ist keine unbekante Tatsache. Die Zustimmung der Regierung und der Volksvertreter zum Friedensvertrag aber war das Signal für die Reaktion, um zum Ziel zu kommen. Kein Augenblick schien ihnen für Entfaltung eines neuen nationalen Aufschwungs, durch den sie wieder zur Macht kommen würde, günstiger, als der, wo das deutsche Volk unter das Joch der Entente-Imperialisten gezwungen wurde. Man rechnete vor allem auf die Reichswehr, die Dittprovinzen und die empirische Stimmung der Volksmehrheit. Überall haben die Gegenrevolutionäre ihr Plündern gemacht und auch in Halle „ergriffen“ man so nebenbei, daß man Gefesselten aufgestellt hat, auf denen vor allem die Parteileitungen der beiden sozialdemokratischen Parteien stehen, denen man sich vorerst versichern will. Wir müssen nicht, was an dem Verbrechen wahr ist und berechnen uns darüber auch nicht den Kopf, denn der Wind weht fast täglich schon wieder aus einem anderen Hocke und wenn einige Herren so „hochfliegende“ Pläne gehabt, so werden sie bereits gemerkt haben, daß es nicht als Phantastereien waren.

Die Reichswehr hat sich nicht an dem Gebrauch gemacht, zu dem man sie mißbrauchen wollte, in den Dittprovinzen ist auch bereits die Vernunft wieder eingetreten und die weitaus überwiegende Mehrheit des Volkes sieht in klarer Erkenntnis der Tatsachen trotz der schönen schwarz-weißen Plakate der Deutschnationalen „Wir lehnen ab“ auf dem Standpunkt, daß das Versteuern ist noch das Unterzeichnen war. Der deutsche Nationalismus wendet sich in Todesstrafen. Alles, was ihm heilig war: die nationale Ehre, der Ehren des Berufsstandes, die Ehre der Arbeiter, der Bauern und der Handwerker, die Rechte des Adels, alles, was ein überpanner und darum innerlich hoch und moralisch gewordener nationaler Ehrgeiz aus der schlichten reinen Vaterlandsliebe gemacht hatte, wurde durch die Flamme der Revolution, die aus der erlöschenden Feuerkraft des Weltkrieges emporstieg, zu Asche verbrannt. Aber wie die herrschende Klasse Deutschlands während des ganzen Krieges mit Blindheit geschlagen war und in dieser Blindheit sich selbst und das ihr angeführte Volk ins Verderben stürzte, so kann diese verblendete Klasse auch heute noch nicht einsehen, daß ihre Zeit baldigst vorüber ist.

Aber anfangs glaubten sie doch, ihre Stunde sei gekommen. Der Offener Brief des „Kämpfers“ Landrats v. Berg (der sich Landrat schimpfte, trotzdem er seit 15. Mai abgesetzt war) in der Deutschen Zeitung, in der er vor Sonntag gegen Ebelmann wütete, „Sie sind der Hauptstiel der deutschen Revolution, Sie sind der Feinde gegenüber“ schrieb er und führt dann fort: „Auf ihre Zeit hoch, auf dem Strafgesetze die Todesstrafe.“ Die Epistel war mehr als eine Forderung, mehr als eine direkte Aufforderung zum politischen Mord, sie war ein Symptom der reaktionären Gegenrevolution. Sie mögen wollen, wenn die Arbeiterpartei und alle gegenrevolutionären Elemente sich in einem einig sind, werden sich die Herren von getrennt auch weiterhin die Köpfe einrennen. Die Reaktionen sind nun einmal große Optimisten. Sie machen sich keine Vorstellung von dem Widerstand, den eine Gegenrevolution von ihrer Seite begegnen würde. Die bisherigen blutigen Kämpfe richteten sich immer nur gegen einen Teil der Arbeiterpartei, und die Reaktionskräfte wurden hierbei unterstützt von dem Teil der Bevölkerung, dem es eben um die Aufrechterhaltung der demokratischen und republikanischen Freiheit zu tun war. Sollten die Gegenrevolutionäre mit ihren Absichten Ernst machen, dann würde sich die ganze freihetlich gekannte Bevölkerung ohne Unterbruch in einen Kampf gegen sie stellen und sie vernichten.

An der Tatsache des erfolgten Friedensschlusses könnte eine neue gegenrevolutionäre Aufregung nicht ändern, aber sie würde uns um sämtliche Vorteile bringen, die der Friedenszustand für uns hat. Eine Nichtanerkennung des geschlossenen Friedens würde gleichbedeutend sein mit einer neuen Kriegserklärung des banteroten Deutschlands an sämtliche Ententestaaten! Sämtliche Kriegsmahnahmen gegen uns würden sofort wieder mit der rücksichtslosesten Härte angewandt werden, und das Ende einer solchen Regierung würde ein Ende mit Schrecken sein, wie es grauenvoller nicht gedacht werden kann.

Das hat das Volk. Die Reichswehr um erkannt und darum ist die jetzige Erregung der Nationalisten nicht als ein Todesstempel der Gegenrevolution.

Die Offiziere sagen sich.

Berlin, 26. Juni. (SFBZ.) Vertreter des Reichsverbandes Deutscher Offiziere wurden gestern von Reichswehrministern empfangen. In der Unterredung kam zum Ausdruck, daß die Offiziere unter Zurückstellung ihrer persönlichen Überzeugung gewillt sind, ihren Dienst weiter zu versehen und den Befehlen der Regierung unbedingt Folge zu leisten in der klaren Erkenntnis, daß dies in den gegenwärtig überaus schweren Tagen im Interesse des Reiches notwendig ist.

Der „Umsturz“ in Hamburg.

Hamburg, 26. Juni. 1919. Die Erschlaffung des großen Lebensrades blieb gestern Abend eine Erklärung, in der sie behauptet, daß die gegenwärtige Lage sich nicht durch den letzten Tag haben lassen und daß sie nicht durch durchgehende Maßnahmen verhindert haben, daß der durch die fortgesetzten Schließungen und durch den immer weiter ausgebreiteten Handel, sowie durch die fortgesetzte Preissteigerung hervorgerufene bedrohliche Annulla der Bevölkerung stetig neue Nahrung erhält. Sie behauptet, daß die Behörden dem gemeingefährlichen gesundheitsschädlichen Leiden der Nahrungsmittelarbeiter nicht mit der nötigen Rücksichtlosigkeit entgegen getreten sind und erwartet, daß die nötigen Schritte zur Abhilfe nicht, zu rascher Entscheidung gezogen werden. Sie spricht die höhere Verantwortung, daß die Schwerkraft des Volkswirtschaftlichen während der durch die erzwungenen Vorkänge hervorgerufenen Aufregung und Empörung der Bevölkerung Rechnung tragen und durch feste, aber humanere Maßnahmen zur Befriedigung und Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit beitragen, aber nicht durch unmäßige Anwendung von Schwerkraft die Unruhe und Empörung vermehren. Sie erwartet von der Bevölkerung, daß sie die strenge Selbstkritik und Besonnenheit nicht, daß sie die Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie die Sicherheit des Eigentums nachdrücklich unterstützen und in der klaren Erkenntnis, daß die besorgene Bevölkerung von Groß-Hamburg auch in den Tagen der Unruhe und Aufregung die Ehrenpflicht rein halten wird.

„Überflüssig“ Aude“.

Hamburg, 26. Juni 1919. WZ. meldet. Neuberger ist die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt. Das geistliche Leben ist überall wieder aufgenommen worden. Die geistlichen Bediente der Kirchen sind ausgeschiedert und die Kirchenarbeiten werden wieder. Im Rathaus wird beteten, was geschah noch. Inzwischen stehen nun in Hamburg 20 000 Mann Regierungstruppen. Heute morgen erfolgte eine ganze Reihe Arbeitsbeschlüssen. Die gestrigen genommenen Maßnahmen Truppen wurden aus der Gegend in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Von hier wurden sie entlassen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, in ihren Wohnungen und nicht in den Kaffeehäusern zu bleiben. Einige Chapeaux, die das Verbrechen nicht gehen wollten, wurden in Haft gehalten. Die Inhaftierten führten heute mittag das Rathaus und wollten, ähnlich wie in München, hohe Beamte als Geiseln festnehmen. Es ist jedoch alles getan, um das betroffene Abkommen mit den Regierungstruppen nicht in Frage zu stellen. Die Reichswehr Groß-Hamburgs erklärt nachdrücklich, daß sie unter keinen Umständen gegen Regierungstruppen mit Gewaltgehalt vorgehen will.

Hamburg, 26. Juni. Der Senat vertritt die Ansicht, daß die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt ist. Die geistlichen Bediente der Kirchen sind ausgeschiedert und die Kirchenarbeiten werden wieder. Im Rathaus wird beteten, was geschah noch. Inzwischen stehen nun in Hamburg 20 000 Mann Regierungstruppen. Heute morgen erfolgte eine ganze Reihe Arbeitsbeschlüssen. Die gestrigen genommenen Maßnahmen Truppen wurden aus der Gegend in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Von hier wurden sie entlassen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, in ihren Wohnungen und nicht in den Kaffeehäusern zu bleiben. Einige Chapeaux, die das Verbrechen nicht gehen wollten, wurden in Haft gehalten. Die Inhaftierten führten heute mittag das Rathaus und wollten, ähnlich wie in München, hohe Beamte als Geiseln festnehmen. Es ist jedoch alles getan, um das betroffene Abkommen mit den Regierungstruppen nicht in Frage zu stellen. Die Reichswehr Groß-Hamburgs erklärt nachdrücklich, daß sie unter keinen Umständen gegen Regierungstruppen mit Gewaltgehalt vorgehen will.

Grubengelegte Antikandabewegung.

Berlin, 26. Juni 1919. Die Unruhen in Hamburg stellen sich, wie WZ. meldet, als sehr gefährliche Aufstandsbewegung dar. Die über ganz Deutschland hin verbreitete

waren. In Hamburg ist jedoch die Bewegung der Führer zu früh aus den Händen gestiegen. Weder die Hamburger Bevölkerung noch die Reichswehr werden durch die Mitglieder der Antikandabewegung. Die eigentliche Bewegung hält sich im Hintergrunde. So ist Hamburg das Opfer eines politischen Planes geworden. Es sollen bisher 40 Tote und entsprechend zahlreiche Verwundete festgestellt sein.

Die Notwendigkeit des Einschreitens.

Berlin, 26. Juni. Im Verlaufe der letzten Nacht ist festgestellt worden, daß zwischen den Vertretern des Hamburger Aufstands und den Mitgliedern des Berliner Volksguardes eine Verbindung hergestellt war und daß von Hamburg nach dem Hauptstiel des Volksguardes die Mitteilung gegeben wurde, daß in Hamburg eine großartige Revolution des proletarischen durchgeführt werden sollte. Um Hamburg in einen Verteidigungsstand zu setzen, der es ermöglichte, einen großzügigen Kampf gegen die Truppen durchzuführen, die von der Regierung gegen Hamburg eingesetzt worden sind. Um derartige Befehle in der Gemeinde zu erklären, wurde Befehl gegeben, die kommunikativen und unabhängigen Mitglieder des Volksguardes zu assistieren und in den Grubengelegten des Volksguardes Hausansatzung zu halten. Da festgestellt worden ist, daß keiner der assistierten eine Mitteilung (besonders des Truppenmarsches gegen Hamburg) an Hamburg telephonisch gegeben hat, wurden alle assistierten vorläufig wieder auf freier Fuß gesetzt. Der Zustand in Hamburg wird schon sehr schnell und energisch beendet werden, weil die Lebensmittelversorgung Deutschlands in der Hauptstadt über Hamburg erfolgt.

Hamburg, 26. Juni. Wie wir hören wurde in einer Versammlung der Betriebsräte eine Entschlossenung angenommen, welche erklärt, daß die Hamburger organisierte Arbeiterpartei auch die Volkswehr nicht gegen die Reichswehrtruppen zu kämpfen gewillt ist.

Hamburg, 26. Juni. Auf Befehl des kommandierenden Generals, Generalleutnant Wengelberg, wird über das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung der Belagerungsstand verhängt. Die vollständig Gewalt geht damit auf die militärischen Befehlshaber über.

Unruhen im Reich.

Infolge der allgemeinen Nervosität anlässlich des Friedensschlusses ist es an manchen Stellen des Reiches zu behauerlichen Zwischenfällen gekommen, die fast überall mit Demonstrationen gegen den Lebensmittelmangel verbunden, dann zu Plünderungen führten und schließlich Todesopfer forderten. Frankfurt a. M., Landsberg a. W., Berlin sind in den letzten Tagen Schauplätze solcher Unruhen gewesen, die am besten durch durchgehende Maßnahmen gegen die Preissteigerung beigelegt oder vermindert werden. Angetrieben durch örtlicher Revolten werden aus Nürnberg, Bamberg und Karlsruhe gemeldet, jedoch scheint die Bewegung im Süden mehr politischer Natur zu sein.

Ende des oberösterreichischen Generalstreiks.

Wien, 26. Juni. Ueber die Streikfrage in Oberösterreich ist zu berichten, daß sämtliche oberösterreichischen Gewerkschaften in Generalstreik getreten sind, aber die Arbeit aufgenommen haben; nur noch 20 Prozent der Belegschaft der „Heinrich Glanz-Grube“ sind noch im Streik.

Die Suppe, die uns der „Held“ einbrodte.

Paris, 26. Juni. (WZ.) meldet: Dem Minister von Janin ist heute Nacht von der Entente eine Note überreicht worden, die sich auf die Verletzung der deutschen Rechte in Sarajewo und auf die Verheerung der französischen Provinzen in Belgien bezieht. Die Note schildert zunächst den Verlauf des Artikels 23 des Waffenstillstandsvertrages, der auf die Internierung der deutschen Flotte Bezug hat. Sie stellt jedoch mit, daß der kommunistische Widerstand der deutschen Flotte kein verantwortliches Handeln habe, er habe geglaubt, daß der Waffenstillstand zum Zweck der Beendigung sei und er habe deshalb den Aufbruch in dem der Waffenstillstand nach seiner Ansicht nicht mehr geltende Westfronte an der Flotte aber nicht kriegsfähig waren, dazu benutzt, um den Befehl zur Verletzung der Flotte zu geben. Der Admiral habe zugestimmt, daß er durch seinen Verstoß eine Verletzung des Waffenstillstands begangen hat. Die Note kritisiert die Gültigkeit dieser Verantwortung, da der Waffenstillstand nach den Mitteilungen der alliierten und assigierten Mächte am 16. Juni nur durch Verweigerung der Unterzeichnung von Seiten Deutschlands oder automatisch am 23. Juni um Mitternacht zu Ende hätte gehen können. Die alliierten und assigierten Mächte erklären sich daher für berechtigt, die Verletzung der Flotte als Verstoß gegen den Frieden zu betrachten, um über sie die entsprechenden Strafen verhängen zu lassen. Der Verstoß gebe aber den alliierten und assigierten Mächten auch ein Recht auf Wiederumfassung und damit das Recht, alle Maßnahmen zu diesem Zweck zu treffen. Die Festlegung der Flotte müsse aber von den alliierten und assigierten Mächten nicht nur als eine Verletzung des Waffenstillstands, sondern auch als eine vorgekommene systematische Verletzung der Friedensbedingungen betrachtet werden. Es sei dies nicht der einzige Fall. Die Verweigerung der französischen Provinzen in Belgien bedeute eine ebensolche Verletzung der Friedensbedingungen. Eine Wiederholung solcher Akte müsse eine sehr ungünstige Wirkung auf die künftige Entwicklung des Friedensvertrages haben. Deutschland werde sich nicht belassen dürfen, dem alliierten und assigierten Mächten alle Mittel, die ihnen durch den Friedensvertrag, insbesondere durch den Artikel 429 zugestanden sind, in Anwendung zu bringen.

Das erste Sozialversicherungs-gesetz in Preußen.

Der Preussische Landesparlament hat seinen der Landesparlament über die kommunalisierung der Aktiengesellschaft Carlottenburger Wasserwerke gegangen, die 30 Gemeinden mit Wasser versorgt. Die Sozialisierung dieses Unternehmens beruht, weil es sich um eine Aktiengesellschaft handelte, weil der Staat nicht selbst den Betrieb übernehmen, sondern an die beteiligten Gemeinden übertragen werden sollte, besonders Schwierigkeiten. Die Frage ist in der Weise gelöst worden, daß die Aktionäre verpflichtet werden, ihre Aktien binnen einer von der preussischen Staatsbank zu bestimmenden kurzen Frist bei den beteiligten Gemeinden abzugeben. Die Aktionäre werden nach dem Wert der Aktien entschädigt, der nach dem 30. April 1910 von einem Schiedsgericht festgelegt wird. Nicht ausgelieferte Aktien werden für kraftlos erklärt. Drei Monate nach Übernahme der Werke durch die Gemeinden treten in den Aufsichtsrat je ein Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten und der Arbeiter.

Dieses Sozialgesetz, das dem allgemeinen Reichsgesetz über das Kommunalversicherungsrecht vorgeht, ist vom preussischen Ministerium des Innern auf Drängen sozialistischer Abgeordneter und des demokratischen Volksgruppen Dominikus-Schönberg der Landesparlamentung zu schleuniger Beschlußfassung vorgelegt worden. Dies ist umso notwendiger, als zwischen der Aktiengesellschaft und den Gemeinden über die Beschleunigung der Wasserpreise erhebliche Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind.

Die Maßnahmen gegen die Steuerflucht.

Das von der Nationalversammlung angenommene Vermögensgesetz gegen die Steuerflucht bestimmt, daß jeder, der ins Ausland gehen will, bis zu 50 Prozent seines Vermögens als Pfandsumme für die Vermögenssteuer zu deponieren hat. Nachdem Vornburg schon vor Wochen angekündigt hat, daß für große Vermögen eine Steuer von 80 bis 70 Prozent nicht zu umgehen sein wird, erscheint die Höhe der Pfandsumme als unzureichend. Bestimmtes wird sich jedoch darüber erst sagen lassen, wenn der Entwurf einer Vermögenssteuer vorliegt, der jetzt unter allen Umständen beschleunigt werden müßte.

Des weitern wurde ein Antrag Bureau angenommen, der den Banken die Pflicht auferlegt, über Wertpapiere aller Art Auskunft zu geben. Damit ist ein wirksames Hilfsmittel der Steuerflucht, die Anlage von Banknoten bei verschiedenen Banken und Sparkassen und die Umgehung des Barvermögens in Wertpapieren aller Art endlich getroffen worden. Viel wird jedoch davon abhängen, wie die Ausführung dieser Bestimmungen erfolgt. Zunächst ist nach einer amtlichen Verlautbarung beabsichtigt, von den Banken der bedrohten Gebiete die Anzeigen über die deponierten Wertpapiere anzufordern, um das bereits kurz zuvor abgewanderte Vermögen in erster Linie zu erfassen.

Neue Oefektivität in der Nationalversammlung.

Wien, 26. Juni. (WZ.) Der Nationalversammlung sind folgende Oefektivitäten zugegangen: Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsbilanz für das Rechnungsjahr 1910, Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, Entwurf eines Grundbesitzsteuergesetzes, Entwurf eines Konjunkturgesetzes, Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes, Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes, Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Zundersteuer, Entwurf eines Zinswarensteuergesetzes, Entwurf eines Spielartensteuergesetzes.

Die Schellsberdmünne der Eisenbahner.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesparlamentung erbrachte gegenwärtig bei der Beratung des Etats des Eisenbahnamtens die Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner. Das Ministerium gab eine Erklärung über die Verengung der Lohnverhältnisse seit November. Während es früher 8 Lohnklassen und 23 verschiedene Lohnsätze bei jeder Direktion etwa 5 bis 7 Mark, dazu Stellenzulagen nach dem Dienstatte und Ankerzulagen, sind seit November 10 Lohnklassen eingeführt. Die Unterschiede zwischen höchsten und niedrigstem Lohn betragen früher 8 Mark, heute 7,20 Mark. Jetzt werden gefordert 8 Lohnsätze, gleich für alle Arbeiter bis zu 21, von 21 bis 24 und von 24 bis 27 Jahren, jedoch die Arbeiter mit 27 Jahren den Höchsten Lohn erhalten würden. Nach den Angaben der Verwaltung sind viele Arbeiter mit dem gleichmäßigen Lohn unzufrieden und wünschen eine Wiederannäherung an das frühere System. Die Verwaltung hofft in den Verhandlungen, die in diesen Tagen beginnen, einen Weg

Letzte Debeten.

Die Verfassungsberatungen in der Nationalversammlung. Berlin, 27. Juni. Gegenüber der Nachricht, die Reichsregierung beschloß sich ernsthaft mit dem Gedanken, die Arbeiten der Nationalversammlung bald für beendet zu erklären, heißt es in der „Deutschen Zeitung“, daß die Nationalversammlung am 1. Juli in Weimar tagen wird. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Versammlung in ein oder zwei Tagen zu erledigen, dürfte als sicher angenommen werden, daß die Beratungen längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Von den verschiedenen Fraktionen sei bereits eine Anzahl Vorschläge anträge eingebracht, die ihres grundsätzlichen Inhalts wegen sicherlich längere Debatten hervorgerufen dürften.

Der Streit der Eisenbahner und Verhandlungen.

Berlin, 26. Juni. Bei den Verhandlungen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zwischen der Regierung und den Eisenbahnerführern führte Finanzminister Dr. Siedel am aus, daß die Forderungen der Eisenbahner nicht erfüllbar seien. Eisenbahnminister Decker bedauerte, daß schon Zeitstreiks angebrochen seien, noch bevor die Verhandlungen abgeschlossen hätten. Und er lehne die Forderungen als unerfüllbar ab.

Kriegsminister Dehn hat bekannt, daß in dem Vorausgesetzte der Belegschaft des Deutschen Eisenbahnerverbandes heute ein Hauptplatz der kommunistischen Partei Deutschlands in einer Auflage von 500 000 Exemplaren gefunden wurde, in dem auszugsweise die Zeitung der Regierung veröffentlicht wird. Die Belegschaften von Mitgliedern der Belegschaft seien wieder rückgängig gemacht worden, nachdem sich der Bezirksleiter Schulz dafür verweigert hätte, daß niemand von der Belegschaft mit diesem Hauptplatz etwas zu tun gehabt habe. Wenn die Verhandlungen zum Abschluß kommen werden, ist noch ganz unbestimmt. Die Streikfrage schien spät abends un verändert zu sein.

Neubildung der braunhildischen Regierung.

Braunshweig, 26. Juni. (WZ.) meldet: Die Landesparlamentung hat die beiden zurückgetretenen Volksgruppen Ante und Grote (Nash.) durch die Abg. Antz (D.) und Rönneburg (Fem.) ersetzt. Die Unabhängigen sind danach aus der Regierung geschieden.

Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der ungarischen Nationalrepublik.

Wien, 26. Juni. (Z.) Nach Meldungen aus Budapest steht das Ausscheiden der Sozialisten aus der Nationalregierung bevor. Die Unzufriedenheit unter der Arbeitererschaft soll groß sein.

Weiterer polnischer Regimenter.

Konow, 26. Juni. Die bolschewistischen Strömungen ergreifen immer weitere Teile des polnischen Heeres. Die in Konow lebenden polnischen Regimenter des Generals Pelsuna meiterten. Sie verweigerten den Gehorsam und widersetzten sich ihrer Verwendung an der bolschewistischen Front und lieferten sich unter dem Kommando von Pelsuna an. Auch die Entsendung unter der Führung der in der Umgebung von Konow ist angekündigt bolschewistisch. In Konow selbst wurde eine revolutionäre Regierung eingesetzt.

Der Anfang der Kriegsentwöhnung.

Genève, 26. Juni. Holländische Neuensbüreau meldet aus Paris: Die alliierten und assigierten Mächte haben gestern den belgischen Forderungen zugestimmt, wonach Belgiens Entschädigungsanträge den Vorkriegsstand sollen und es wurde beschlossen, ihm 500 Mill. Dollar sofort nach Unterzeichnung des Friedens auszusuchen. Diese Zufügung wird als direktes Ergebnis des Beschlusses Wilsons in Belgien angesehen. Wilson, Clemenceau und Lloyd George haben beschlossen, die geltendgemachten Körperstellen ihrer Länder zu erlösen, die Obligationen zu übernehmen, die Belgien durch die Deutschen während der Kriegsjahre ausgeben werden sollen für alles Geld, das Belgien gewonnen hat, infolge der Verletzung seiner Neutralität und der dadurch bedingten Teilnahme an Kriegen zu leisten. Durch diese Regelung wird die ganze belgische Kriegsschuld tatsächlich verwinden, da es Belgien auf diese Weise möglich gemacht wird, die Obligationen sofort zu Geld zu machen. Die drei Großmächte werden diese Obligationen später von Deutschland einlösen.

Telegraphistenstreik in Paris.

Paris, 26. Juni. Die „Populaire“ berichtet, haben die Telegraphisten des Haupttelegraphenamts in Paris heute vormittag 9 Uhr die Arbeit niedergelassen. Sie verlangen sofortige Erhöhung der Gehälter.

an finden, der allen berechtigten Forderungen am möglich gemacht wird. Der Minister gab eine Erklärung über die neuen Lohnforderungen bei den 2. B. in der ersten Wirtschaftsklasse für Handwerker bis zu 10 Jahren 2,75 Mark, bis 21 Jahren 3 Mark, bis 27 Jahren 3,25 Mark und über 27 Jahre 3,50 Mark. Stundenlohn gefordert werden. Diese Forderungen bedeuten eine neue Mehrzahlung von 2750 Millionen Mark, für die eine Deckung nicht vorhanden sei. Der Minister betonte ausdrücklich, daß er bereit sei zu Verhandlungen und zu dem weitmöglichsten Entgegenkommen. Er müsse aber gegen die Versuche protestieren, die Eisenbahner in den Streit zu treiben, wie das heute schon unter der falschen Bezeichnung ausgehen sei, das Eisenbahnamt keine Verhandlungen ab.

Die Gemeindevahlen in Bayern.

Uns München wird uns geschrieben: Die Stärkung der extremen Parteien auf der rechten und linken Seite unserer Partei kann die mit der Bestimmung Verrenten nicht überlassen. In den großen Städten wie in München, haben sich nicht nur zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie der Stimme enthalten, oder haben für die unabhängige Liste gestimmt, auch die Mittelstufe sind zum Teil zu den Unabhängigen übergegangen. Es wäre aber verfehlt, in diesem Ergebnis mehr zu sehen, als ein Symptom der Wirtumschwankung über den Verlauf der Dinge vor und nach der Bildung der Nationalrepublik. Die kommunistische Episode in München hat ungewissheit die schwankenden Gestalten der bürgerlichen und ländlichen quasi Demokratie veranlaßt, sich wieder um die Fänge der nur ungewissen Reaktion zu fähren und ein großer Teil der Arbeiter gab seiner Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen durch Abgabe eines unabhängigen Stimmzettels Ausdruck. Sie wie zahlreiche Intellektuelle können mit Recht nicht einsehen, warum das Ständrecht noch weiter gehandhabt wird und die militärischen Oberstellen sogar ihre Bureaus in der Stadt durch Stachelführer und spanische Reiter vor eingebildeten Gefahren schützen. Denn die kommunistische Bewegung ist, wieviel mit zu großer militärisch-polizeilicher Gründlichkeit unterdrückt, aber sozialistische Maßnahmen weitestgehend freigegeben immer wieder einen unter der Oberleitung wachsenden Erfolg. Dem ist es zuzuschreiben, daß bei den Gemeindevahlen in München nur 45 500 gegen 161 132 Stimmen bei der Wahl am 19. Januar d. J. für die Partei abgegeben wurden, während die Unabhängigen 72 384 gegen 87 121 erzielten. Das Zentrum (Bayr. Volkspartei), sonst ohne Bedeutung im Rathaus, ist mit 15 Sigen zur zweitstärksten Partei avanciert, während die Unabhängigen mit 16 an die dritte und die Partei mit 10 Mandaten an die dritte Stelle gelangen. Bei der Bürgermeisterwahl kommt der ehemalige Innenminister Anstling, ein liberal gesinnter Ultramontaner mit dem Unabhängigen Stimm in die Stichwahl. Die Entscheidung liegt in den Händen des ungewählten Stadtrats. Die Sache ist es noch ungewiss, ob die Partei einen Sieg errufen wird, für den erst der einzige Weg zu den Unabhängigen übergetretenen ehemaligen Gemeinde-Bevollmächtigten übergeben zu stimmen oder es vorziehen, sich der Stimme zu enthalten. In jedem Falle wird das Münchner Stadtratsregiment von den, auch bei der Regierung waltenden Tendenzen der Koalition beeinflusst werden.

Auch im Land ist der Zuwachs der Unabhängigen auf Kosten der Mehrheitspartei erfolgt. Am auffallendsten war dies in Hof der Fall, wo sie mit 15 Mandaten die Majorität im Stadtrat erzielten. Bei den total verfahrenen finanziellen Verhältnissen der bayerischen Städte und der Unmöglichkeit, auf kommunaler Grundlage mehr Sozialismus zu bieten als der Staat und das Reich, wird die Verarmung der Unabhängigen auf eine kurze Probe gestellt. Ihre Presse warnt daher in dieser Erkenntnis vor allen künftigen Gelegenheiten und erkläre in dem Bahlangang eigentlich nur das Produkt einer zufälligen aus der politischen und sozialen Misere entspringenen Konstellation. Zum Abbruch ist zu hoffen, daß aus der sehr mühevollen praktischen Tätigkeit für die Gemeinde beide Fraktionen des Sozialismus das Zusammenarbeiten lernen und damit der täglich nötiger werdenden Einheit der sozialistischen Front wertvolle Dienste leisten. Denn was sich auf dem Land und in den kleinen Städten als Pseudo-Sozialismus und Pseudo-demokratie breit macht, ist und bleibt immer die alte feindliche reaktionäre Spitze. Durch die unvollständige Sozialisierung der Arbeiterklasse ist ihre Macht jetzt ungewiss geworden und die Arbeiterklasse wird mehr sein, wo ihre Macht abnimmt und ihre realen, reaktionären Gehalt erhöht. Dann wird der Widerwille der Arbeiterklasse von selbst ein Ende finden. Aber sollte es dann vielleicht nicht schon zu spät sein?

Ein Reichssozialist als Erster Bürgermeister von München. München, 26. Juni. Der Reichssozialist Edward Schmidt, Redakteur der „Münchener Post“, ist mit Unterstützung der U. F. P. mit 25 von 49 abgegebenen gültigen Stimmen zum Ersten Bürgermeister gewählt worden.

Die neue Politik Italiens.

Rom, 26. Juni. (WZ.) Agostino Stefani. Im Senat sollte der Ministerpräsident Stitti das neue Kabinett vor und stellte mit, daß Kammer und Senat baldmöglichst zu Besprechungen über die Regierungspolitik einberufen werden würden. Im Voraus nicht möchten sie sich beschließen, die Bereinigung des Budgets zu beschleunigen. Die Zeit der Schmelzperiode ist erfüllt, daß die italienische Delegation es für ihre Pflicht erachte, alle gemäßigten Forderungen des Landes vor ihrer Abreise bekanntzugeben. Tittoni gab einen Überblick über den Stand der Friedensfrage und erklärte, ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Konventionen, die Italien in der Vergangenheit abgeschlossen hat, für nicht zufriedenstellend. Aber die von Trentino angebotenen sollten verbessert werden. Er hob ferner hervor, daß Stellen nach Friedensschluß nicht, wie die anderen Verbündeten, demobilisieren könnte, um ruhig an die Wiederaufbau heranzutreten. Tittoni hat ferner, daß die ungewisse Politik wenig zu wünschen ist. Die Zeit der Schmelzperiode ist erfüllt, daß die italienische Delegation es für ihre Pflicht erachte, alle gemäßigten Forderungen des Landes vor ihrer Abreise bekanntzugeben. Tittoni wird von den Alliierten die Zustimmung zu Versuchen des vollen Trentinos des Komplexes Trentino an das Parlament verlangen. Er schloß mit den Worten: Wer würde es wagen, von einem Bericht zu sprechen. In einem stürmischen Bericht hat mich bereit, dem Bericht auf andere ... (Es war am vernehmlich), wenn mich die Nationalität erkennen könnte, es gemäß den Wünschen der Alliierten zu erfüllen. Darauf wurden die Budgetentwürfe mit 207 gegen 7 Stimmen angenommen, worauf die der Senat verließ.

Walhalla-Operetten-Theater

Anfang 8 Uhr.
Dr. Fritz Steidls 4 Abschiedstage:
Der Flug um die Welt
 Musik von Viktor Holländer.
 Sonntag 3 1/2, und 8 Uhr 2 Vorstellungen.
 Nachm. Erwachsene 0.70—3.00, Kinder 0.35—1.50.
 Montag, den 30. Juni: Abschiedsvorstellung.
 Ab Dienstag, den 1. Juli, täglich 7 1/2 Uhr:
Operetten-Gastspiel Direktion Felix Meinhardt
Der große neue Operettenschlager:
Ihre Hoheit: Die Tänzerin
 Operette in 3 Akten v. Walter W. Götz.
 Oberspielleitung: Oberregisseur Herrm. Felner a. G.
 Orchesterleitung: Hans Oswald.
 Balletmeister: Phädra Döbler.
Musikalische Hauptschlager:
 Wenn schöne Frauen träumen — Schon der Minnesänger sang in seiner Melodei. — Das Lied vom schwachen Ständchen. — Wenn der Petrus so um acht, seinen Himmel dunkel macht.
Hauptdarsteller:
 Damen: **Wilma Conté** vom Theater des Westens, als Gast Käthe Jungherr.
 Herren: **Heinrich Schorn** von der ehem. Rgl. Holooper, Berlin, als Gast.
Hugo Claus — Richard Hustig.
 Prachtbesetzung an Kostümen und Dekorationen nach Entwürfen vom Kunstmaler Otto Fischer.
 Vorverkauf eröffnet.
 Kasse von 10—11 1/2 und 4—6 Uhr.



<p>Leipzigerstrasse Nr. 88 Fernruf Nr. 1294 Erstaufführung! Die Zigeuner-Prinzessin Dramatisch. Schauspiel aus den Hölzkreisen und Zigeunerliedern in 5 Akten. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20 Uhr. Meine Frau die Filmschauspielerin Humorvolles Lustspiel in 3 Akten. Hauptrollen: Ossi Oswald, Victor Janson. Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20 Uhr. Beginn 4 Uhr.</p>	<p>Alte Promenade Nr. 11a Fernruf Nr. 8738 Der dramatische Film Rebellenliebe Schauspiel in 5 Akten. Die Handlung spielt um das Jahr 1848. Hauptrollen: Harry Liedtke, Bruno Decarli. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20 Uhr. Fräulein Baronin. Köstliches Lustspiel in 3 Akten. Hauptrolle: Hilde Wörner. Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20 Uhr. Beginn 4 Uhr.</p>
---	---

Die Abend-Vorstellungen beginnen 8.15 Uhr.

Schluss

der
Anzeigen-Annahme
 vormittags 10 Uhr.

Apollo-Theater

Täglich abends 8 Uhr:
Die Kinokönigin
 Operette von G. Galtner.
 Stelle: **Emmy Stern & G.**
 Theaterbau 9—1 u. 5—12.



Nur noch bis Montag
Kapital und Arbeit.
 Der größte sozialpolitische Film, den jeder gesehen hat, wenn man.
 Vorführung 3.00 5.00 7.00 und 9.00 Uhr.

Orpheum
 12 Steinweg 12.

Stadt-Theater

Sonabend, d. 28. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr:
 Schiller-Vorstellung bei ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
VII. Sinfonie-Konzert.
 Leitung: **Fritz Busch**, erster Kapellmeister am würt. Landestheater, Stuttgart.
 Solist: **Prof. Paul Grümmer.**
 Sonntag nachm.:
 Ueber unsere Kraft I.
 Sonntag abend:
 Die Walküre.

Soeben eingetroffen:
Das Erfurter Programm
 von Kautskp.
 Pr. 1.20 Mk.
 Buchhandlung der „Volksstimme“.

Bankbeamte!

Kollegen und Kolleginnen!

Sonabend, den 28. Juni 1919, pünktlich 8 Uhr abends
 in
 „Mars-la-Tour“, Grosse Ulrichstrasse 10,
grosse öffentliche Versammlung
 über:
 „Der Stand der Verhandlungen über den Reichstafel“.
 Referent: **Herr Pozonski, Berlin.**
 Vollzähliges Erscheinen aller Bankbeamten unbedingt erforderlich. 4004
 Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten
 Ortsgruppe Halle a. S.

Peissnitz

Sonabend, den 28. Juni, 8 Uhr abends
IV. Volkstümliches Sinfonie-Konzert
 der Kapelle des Pflücker-Regiments Nr. 362
 Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
 Solist: Konzertmeister Müller (Violine).
 Eintritt: 0.55 Mk. (einschl. Kartensteuer).

Verloren!

Wagenkapfel

Nachdruck: Hofkettler, Berlin. Wegen gute Verbindung abzugeben bei
 Roeder, Büchelgasse, Dr. Ulrichstr. 31.



Reparatur-
 Werkstätten
 für elektr.
 Maschinen
 u. Apparate.

**Ankerwicklungen,
 Kollektorenbau.**

Kurze Lieferfristen.
 — Mäßige Preise. —

Raf.
 Gelstr. 28.

Hippodrom

Wintergarten.
 Dir.: **Georg Arndt.**
 Treffpunkt aller Sportliebhaber.
 Täglich ab 4 Uhr nachmittags
Gr. Reit- u. Sportfest
 im schönen, schattigen Garten des „Wintergarten“.
 Für Kinder bedeutend ermäßigte Preise.
 Sonntag von 11 1/2 — 1 Uhr:
**Matinee,
 von 4 Uhr ab:
 Haus-Ball.**
 Eintritt 50 Pfg.

Sie haben
 immer noch nicht ihre Vorräte an
**Wolle, Lumpen, Knochen
 -- Alt-Papier, Akten usw. --
 verkauft**

Zahle immer noch die bekannten 4095
hohen Preise!
 Freie Abholung! Freie Abholung!
 Jeder Kunde erhält ein Extra-Geschenk.

Nur Anna Theuring
 Grosse Wallstrasse 42. — Fernruf 4263.

Soeben wieder eingetroffen:
Friedrich Engels
**Die Entwicklung
 des Sozialismus**
 von der Utopie zur Wissenschaft.
 Preis: brosch. M. 2.—.
 Buchhandlung der Volksstimme.

Rote Gummiringe

für Glaskochtöpfe bei
Ferdinand Dehne Nchf.,
 Dr. Gelstr. 15. Fernruf. 6235.

Bekanntmachung.

Wegen der zunehmenden Teuerung wird der bei den Unverhältnissen zur Erhaltung kommende Teuerungszuschlag in den geltenden Sätzen für Holz und Verpflegung, soweit diese nicht begründlich festgesetzt sind vom 1. Juni d. J. ab, von 1.50 Mk. auf 2.— Mk. für den Kopf und Tag erhöht.
 Halle a. S., den 24. Juni 1919.
 Der Mayor der Polizeidirektion.
 Meyer.

Familien-Nachricht.

Die glückliche Geburt eines Mädchens zeigen hoch erfreut an
**Albert Nicolaus
 u. Frau Hedwig geb. Ribbe.**
 Halle, den 26. Juni 1919.
 Leipzigerstr. 63. Goldener Hirsch.

Hallescher Schwimm-Verein von 1902

Sonntag, den 29. Juni 1919, nachm. 4 Uhr
im Stadtbad, Schimmelstrasse
Schau - Schwimmen.
 Wettkämpfe für Herren, Damen, Knaben u. Mädchen in den 4 Schwimmarten, im Springen u. Tauchen, Stalotten, Kleider-Schwimmen und Wasserballspiel.
 Einzel- und Mannschaftskämpfe für Turner, Receptorsportler, Boxer usw., die dem Halleschen Schwimmklub angehören.
 Preise der Plätze: Besess-Sitzplatz num. 3 Mk., Gallerie-Sitzplatz num. 2 Mk., Stehplatz 1 Mk. Vorverkauf im Stadtbad am 29. 6. von 9—12 Uhr vorm. Kassenöffnung 3 Uhr nachmittags.

2-3 Zimmer-Wohnung

in Bismarck- oder sammlbarer Nähe 4064
Sofort zu mieten gesucht
 Sommer, Mesefürgerstr. 12, p.

Brennholz

in Dienlagen, ab Lager und frei Haus 4069
 Louis Huckelt,
 Köhlerstr. 45, Telefon 5564.

Stellen finden

Selbständige
**Feuerschmiede,
 Schlosser
 und
 Eisenarbeiter**
 Stellen ein 3001
Reuter & Straube,
 Eisenbah- und Maschinenbau,
 Grosse Poststraße 27.

Rohten-tiepen

in kräftiger Ausführung,
 sowie jede andere Sorte
Rörche
 für Haushalt und Handel bei
Theodor Lühr
 Leipziger Gasse 24.



**Gummierte
 und wasserdichte
 Bettstoffe**
 in guten Qualitäten sowie Bedarfartikel für Wöchnerinnen und Säuglinge empfindlich.
G. Klappbach,
 Dr. Ulrichstr. 41 2095

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 143.

Halle, Freitag, den 27. Juni 1919.

3. Jahrgang.

Vertrauensvotum für die Regierung in der preußischen Landesversammlung.

Präsident Seimert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.
Die Besprechung der förmlichen Anfrage Adolf Hoffmann (U. S.) über die Stellung der Regierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedens wird fortgesetzt. Hierzu liegt folgende Entschließung der Mehrheitspartei (Soz.-Fortsch.-Friedberg vor):

„Die Landesversammlung ist mit dem ganzen Volk einig in der schärfsten Besorgnis über die Lage des uns angehenden, allem Rechtsgefühlohnen sprechenden Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise vor seine Augen stellt. Die preussische Regierung hat diesen Standpunkt gleichfalls zum Ausdruck gebracht.“

Die Landesversammlung spricht der Staatsregierung ihr Vertrauen aus.“

Die Unabhängigen Sozialisten Adolf Hoffmann und Gen. beantragen hierzu folgenden Zusatz:
„Trotzdem war in der abschließenden Stunde ein Eingreifen der preussischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedens geboten.“

Ein Antrag der Rechtspartei will folgenden Zusatz zum Beschlusse erheben:
„Das Eintreten der preussischen Regierung für die Unterzeichnung der Unterzeichner war daher geboten.“

Herr Barthelemy (Soz.): Die Rechte hat kein Recht zur Kritik. Der Antragsteller ist die Folge ihres verwerflichen Politik. (Beifall rechts.) Wir hoffen auf eine Wiedervereinigung mit den uns jetzt entzweienden Volksteilen. Denn ein Staatsgebilde von der jetzt für Polen vorgesehenen Form ist auf die Dauer unhaltbar. Jede Diktatur von der Rechten und der Linken kann uns nur in ein Chaos führen. Der Wiederanbau kann nur gelingen auf dem Boden der Demokratie.

Herr Breda (Welfe): Wir weisen jede ausländische Einmischung ab und hoffen von dem Verständnis unserer Volksgenossen, daß Hannover die Rechte eines freien Gliedstaates innerhalb des Reiches erlangen wird.

Ein Schlußantrag wird angenommen.
In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Mehrheitspartei mit 231 gegen 88 Stimmen bei 8 Enthaltungen, der Antrag der Unabhängigen Sozialisten mit 20 gegen 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Entschließung der Mehrheitspartei wird im ersten Satz einig mit, im zweiten Satz gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten, im dritten Satz (Vertrauensvotum für die Regierung) gegen die Rechtspartei und die Unabhängigen Sozialisten angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Geschenkwerfes über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern.

Herr Weitemel (Dn.) beantragt die Ueberweisung an den Agrarausschuß.

Landwirtschaftsminister Braun: Die Vorlage enthält nur solche Eingriffe in das Privatrecht, die im Interesse des allgemeinen Wohls geboten sind. Der Antrag der Binnenschifffahrt ist für die Volkserziehung von großer Bedeutung und wird hoffentlich durch die Vorlage geboten werden.

Die Vorlage geht an den sechs Mitglieder verfassten Landwirtschafsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Geschenkwerfes über die Bürger- und Gemeinderichte der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindefragen.

Herr Frau Krensch (U. S.): Wir erwarten von der Regierung eine Unterstützung auf die Reichstagsstellen, daß die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten durchgeführt wird.

Herr Frau Gottschewitz (Soz.): Wir Frauen begrüßen es, daß wir durch die Vorlage endlich das volle Bürger- und Gemeindericht bekommen.

Herr Frau Dr. Heine (Dem.): Ich beantrage die Ueberweisung an den Gemeindevorstand.

Herr Frau Garnig (D. Vp.): Es ist verwunderlich, daß in der Neuorganisation der Arbeiterräte nur eine einzige Frau vertreten war. Der Vorlage stimmen wir zu. Wir halten die Mitwirkung der Frau im Gemeindefeld für wichtig und erheben unsere Stimme. (Beifall rechts.) Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Besser als helfen der Vater! (Dr. Friedberg.)

Herr Frau Heßberger (Soz.): Wir stimmen ebenfalls für ein Regierungsvotum. Ein Geschenkwerf über die Magistratswahlen wird dem Hause demnächst zugehen.

Herr Nibel-Brigalow (Dn.): Ueber die Grundfrage der Ausführung der Vorlage werden wir im Ausschusse beraten müssen. Der Geschenkwerf geht an den Gemeindevorstand.

Es folgt die erste Beratung des Geschenkwerfes über die weitere Befähigung zu den Kriegswirtschaftsausgaben der Gemeinden und Gemeindevorstände.

Herr Frau Ege (Soz.): Die den Gemeinden vom Staat bisher überwiesenen 810 Millionen Mark reichen nicht aus. Die Beihilfen müssen den unabhängigen Familien weitestgehend ein lebensfähiges Leben sichern. Die Vorlage stellt der Regierung 150 Millionen Mark für diese Beihilfen an die Gemeinden zur Verfügung. Wir fürchten, daß auch dieser Betrag nicht genügt wird.

Herr West (U. S.): Auch wir sind für ausreichende Beihilfen. Es darf nicht heißen: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überläßt ihr ihn der Weisheit.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird die Vorlage angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Geschenkwerfes über die Neuwahl der Provinziallandtage.
Der Entwurf bestimmt die Auflösung der Landtage und ihre Neuwahl bis zum 1. August.

Herr Wegmann (Dn.): Die Provinzialverordnungen verdienen den Dank des ganzen Landes. Sie haben sachlich und richtig gearbeitet. Die Vorlage bezieht den Ausschussberatung.
Ein Regierungsvorsteher: Die Vorlage ist seit langem vorbereitet und nicht erst durch die förmliche Anfrage der Unabhängigen verursacht.

Herr Stiller (U. S.): Der Entwurf ist noch nicht demokratisch genug. Er bedarf der gründlichen Umarbeitung im Ausschusse.
Nach weiterer Erörterung geht der Entwurf an den sechs Mitglieder verfassten Gemeindevorstand.
Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Anträge und Justizetat.

Kurze Notizen.

General Hoffmann ist zur Disposition gestellt worden. (Es ist das darauf zurückzuführen, daß dieser Nimmelatiff gut gewiegt hat, den Frieden anzuerkennen und dardaus gehen die Polen zu Hilfe ziehen wollte. D. Neb.)

Reichsfinanzminister Erberger behält die Leitung der Reichsfinanzverwaltung und die Abwicklung der Geschäfte bei. Die Reichsfinanzverwaltung wird abgebaut. Ihre Arbeiten gehen auf die entsprechenden Reichsämter über. Ein größerer Teil auch auf das kaiserliche Amt, wo ein besonderer Unterstaatssekretär zur Abwicklung der Reichsfinanzern ernannt werden soll.

Die „Weltanschauung“. „Daily News“ vom 24. Juni melden aus Berlin, daß die Schwestern über die Verträge der Deutschen bei der Besetzung des Schicksal sehr ansetzender. Nach einem Bericht sollen hundert Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere Hunderte.

Am Freitag, 26. Juni. Allgemeines Handelsblatt (Freiburg) zur Verbrennung der französischen Fasern in Berlin: Was wird mit einer solchen Demonstration anders erreicht, als eine noch erbittertere Stimmung bei dem übermächtigen Feinde, ohne daß ihm dabei irgendwelcher Schaden zugefügt wird.

Verteuerung der Zeitung.

Die Verstellungskosten unserer Volksstimme sind während der Zeit ihres Bestehens fortgesetzt gestiegen. Jeder Leser der Volksstimme erhält monatlich ein oder ein Kilogramm Papier. In der Besetzung des Schicksal sehr ansetzender. Nach einem Bericht sollen hundert Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere Hunderte.
Am Freitag, 26. Juni. Allgemeines Handelsblatt (Freiburg) zur Verbrennung der französischen Fasern in Berlin: Was wird mit einer solchen Demonstration anders erreicht, als eine noch erbittertere Stimmung bei dem übermächtigen Feinde, ohne daß ihm dabei irgendwelcher Schaden zugefügt wird.
Die Verstellungskosten unserer Volksstimme sind während der Zeit ihres Bestehens fortgesetzt gestiegen. Jeder Leser der Volksstimme erhält monatlich ein oder ein Kilogramm Papier. In der Besetzung des Schicksal sehr ansetzender. Nach einem Bericht sollen hundert Mann umgekommen sein, nach anderen Berichten mehrere Hunderte.
Am Freitag, 26. Juni. Allgemeines Handelsblatt (Freiburg) zur Verbrennung der französischen Fasern in Berlin: Was wird mit einer solchen Demonstration anders erreicht, als eine noch erbittertere Stimmung bei dem übermächtigen Feinde, ohne daß ihm dabei irgendwelcher Schaden zugefügt wird.

„Volksstimme!“

Neue Auswertungen werden aus Frankfurt a. M. gemeldet, wo man sich über die Zahl der französischen Soldaten im Reichsgebiet im Vergleich mit der französischen Senat angenommen.

Die ausländische Presse nimmt recht lebhaft an dem „Friedensschicksal“ Stellung. Während die französischen Blätter die Unterzeichnung begrüßen, aber energisch Protest einlegen gegen Deutschlands Berechnung, ist die Haltung der holländischen Blätter verächtlich. Wie aber haben beide Zweifel an dem Verbot eines neuen Weltkrieges nach „einem Frieden“.

Die Schweizer Blätter urteilen besonders gerecht.

Die führende Zeitung Stockholms schreibt zur Schuldfrage, es sei merkwürdig dieses „erzwungene Gefühl“ zu sein. Im übrigen meint Blöfstein, daß man keinen Menschen bestrafen könne wegen Mitleids mit der kriegerischen, höchstens „moralisch verurteilen“. Selbst die belgische Presse beurteilt die Lage sehr gerecht und bezeichnet den Frieden als Genesungsfrieden.

Beachtung eines Berichtes in Versailles. Der Korrespondent der Deutschen Tageszeitung in Versailles, Schaefer, hat vor den Franzosen berichtet worden. Gründe werden nicht angegeben, doch soll die Befreiung wegen eines Artikels erfolgt sein, den Schaefermann seinem Blatt geschrieben hat. Schaefermann ist inzwischen wieder freigesprochen worden.

Der belgische Kriegsminister brachte in der Kammer eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Demobilisierung ein. Das Gesetz wird nach der Demobilisierung aus 450 000 Mann der Gesamtarmee 1914 und 1918 und 12 500 Freiwilligen bestehen, die jetzt ausgebildet werden.

Senat des Reichs. Von sämtlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Reichstagsarbeiten nach dem Ende der ersten Sitzung eintrüben, jedoch verläßt nur auf diejenigen in den zu beabsichtigten Sitzungen und mit einflussreicher Kraft bis 1. Okt. 1918.

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Juni 1919.

Achtung! Funktionärung!

Funktionäre, Schriftführer, Agitationskommission, Pressekommision und Stadtvorordnete der S. P. D. Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 Uhr findet Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 14, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist punctliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand

20 Bsp.-Einheitsstarif für die Straßenbahn.

Der städtische Haushaltausschuß hielt am 26. Juni eine Sitzung ab. Die umfangreiche Tagesordnung enthielt wieder einige recht wichtige Punkte. Dazu gehört die Annahme eines neuen Einheitsstarifs für das Stadttheater, die schon die Theaterdeputation und der Theaterauschuß beschloß hat. Ein vorläufiger Vertragsskizzenentwurf soll den bisherigen Theaterleiter, Tschöke, auf vier Jahre mit einem Gehalt von 20 000 Mk. anstellen. Der Haushaltausschuß stimmt dem Vertragsskizzenentwurf zu, nachdem nach Bestimmungen für den Fall eingetuft worden sind, daß das Theater aus irgendeinem Grunde geschlossen werden muß.
Das Gaswerk Gießhülfen, das sich noch in den Händen einer privaten Aktiengesellschaft befindet, ist durch Vertrag an bestimmte Preise für Gas, Heizung und Gasmaschinen um gebunden. Die Preise werden deshalb erheblich von denen des städtischen Gaswerkes Halle ab. Eine neuerliche Verordnung gestattet jedoch der Gesellschaft, trotz eingetragener vertraglicher Bestimmungen, die Preise zu erhöhen, wenn ein Schiedsgericht zustimmt. Eine Änderung des Vertrags greift einer solchen schiedsgerichtlichen Regelung vor. Sie führt zur Erhöhung der Preise für Gas und Heizung ein (momentan allerdings das Gas in den Vororten Trotha, Grömmitz und Gießhülfen etwas vermindert), gewährt aber der Stadt einige neue Rechte, wie die Kontrolle der Beschaffenheit des Gases um. Dem Nachtragvertrag wird zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderung des Fahrgehalts für die Straßenbahn hat der Magistrat die ursprüngliche, in der letzten Stadtvorordnetenversammlung abgelehnte Vorlage wörtlich wieder eingebracht. Es entspricht sich wieder eine eingehende Aussprache über die Zweckmäßigkeit des Einheitsstarifs. Es wird schließlich mit 9 gegen 8 Stimmen die Einführung des Einheitsstarifs mit 20 Pfennigen beschlossen. Außerdem wird ein Antrag angenommen, die bisherigen Arbeiterwohlfahrtskarten um (zulänglichen) Einheitspreise von 150 Mk. allen Arbeiterfamilien mit einem Gehalt bis zu 4000 Mk. auszugeben zu lassen, wenn die Gewerkschafter zustimmen, die Straßenbahn zu benutzen. Nach dem Abstimmungsergebnis ist es abermals zweifelhaft, wie der Beschluß in der nächsten Stadtvorordnetenversammlung ausfallen wird.

Die anderen Fragen haben geringere Bedeutung. Nachdem der Staat die Einkommensgrenze für die Zahlung von Steuerzulagen an seine Angehörigen und Beamten erhöht hat, beantragt der Magistrat diese Erhöhung auch für die städtischen Angestellten einzuführen, und zwar von jetzt 3000 auf 6000 Mk. Die Mittel seien dem Kreisfonds zu entnehmen. Es wird zugestimmt. Eine vorgeschlagene Regelung der neuen Kriegs- und Steuerzulagen, die infolge des Tarifvertrages mit den Kreisangestellten und einer Aufhebung für die städtischen Beamten und Angestellten nötig ist und die rund 850 000 Mk. Kosten erfordert, wird nochmals zurückgestellt, da die Vorlage nicht vervollständigt vorliegt. Im übrigen handelt es sich um Nachbereitungen von Kosten für ausgeführte Bauten (z. B. im Museum, am Florabad usw.).

* Einen wohlthätigen Einfluss übt bereits der bevorstehende Friedensschluß aus. Abgesehen davon, daß ein festes Halten der Schicksalspreise bereits unvermeidlich ist, hat die Aussicht, daß sich in kurzer Zeit die Preise zu senken werden, sehr wertvoll gewirkt. Wenn auch ein Ende der Arbeitslosigkeit und Zerrung in absehbarer Zeit um vorläufig noch nicht zu erwarten ist, ein Nachlassen macht sich bereits bemerkbar und wird ständig fortwähren. Was uns not tut an erster Stelle, ist eine Besserung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes, die jetzt häufig wackeln wird. Welche bittere Enttäuschung wäre das gegen entfallenden, hätten wir abgelehnt, und nicht nur nicht mehr, sondern auch das Wenigste nicht mehr zum Leben gehabt!

* Zeit über! Von allen Seiten wird jetzt dem Publikum Zeit angeboten. An den Schaufenstern prangt es, in den Briefen soll es verteilt werden. Wir sind erleichtert, daß die meisten dieser Briefe aus dem besten Geist geschrieben werden. Dabei auch der hohe Preis von 20 Mark pro Fund. Endlich nach langem Gärren ist das Fett der Bevölkerung in ungeheurem Maße zur Verfügung gestellt worden, aber härter als wie bisher die Rationierung maltet ein noch härterer Wächter über den Verbrauch des notwendigen Brodkornes. Der Verbraucher ist schädlich mehr nur den „heißeren“ Zeiten die den Segen in den Schoß, während das barmherzige Brot in vieler im Elend verfaßt. Wenn von den privaten Sündern nichts gegen diese ungeheuren Preise antworten werden, dann ist die Welt im Grunde eine Welt der Verlorenen, in der sich nur die Härter. Seite am Volke der gesamten Bevölkerung eine Gleichrichtung geklärt werden. Wenn es Privatvergnügen, diese Waren nach hier zu bekommen, so stellen die Behörden ein Armenstützungsamt, wenn sie nicht instand sind, diese ganze Kaufbewegung in ihre Hand zu bekommen und dann anschließend nach unten und eben diese Beihilfen der Bevölkerung ausgeben zu lassen. So mander Familienvater würde dem Staat für diese Wohlthat vom Herrn dankbar und so inandertlicher unter traurigen Lage würde dadurch überstanden werden. Nachmalen ruhen wir den verantwortlichen Behörden zu: „Danke, es ist wieder zu spät!“

Der Oberbürgermeister. In Halle sieht man immer noch in allen Geschäften um 2 Uhr den Herrn mit dem Schilde in 2. März und darüber. In Berlin hat ein Zufall, der zum Sonntag des Säbeler aufzuführen, insofern großer Teil der Erfolg...

hat, daß man heute überall auf der Straße für 1,80-1,90 Pf. Kaffee und für 2-2,50 Pf. Süßwaren kaufen kann. ...

Wahlung Bankbeamter: Der Verband der deutschen Bankbeamten, Ortsgruppe Halle, veranstaltete am Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 Uhr, in 'Mars-la-Tour' eine öffentliche Versammlung, welche sich mit der Berücksichtigung über den Stand der Tarifverhandlungen befassen wird. ...

Neue Volkshäuser: In einem Vortrag über dieses Thema hatte der Vorstand für Halle am Dienstagabend nach dem Zitatlichen eingeladen. Herr Dr. Köpfer und Herr Volpert ...

Missionsstudien der Universität Halle: Freitag, 27. Juni ...

Schleifschneider bittet um Verzeihungen: Man schreibt uns ...

Wahlende der Stammtische: Die Wahlzeit 1919/20 des ...

Einzel- und Dramen: Sena's Worten und Gunnar ...

Die Ermordung des Oberleitnants v. Küder.

Schmerzhafte Halle, 26. Juni 1919. 4. Verhandlung. ...

geben. Als bei der Hofe genommen, habe er den Sozial ...

Aus der Provinz.

Hilf. Der Volksteil löst in die Siegerstaaten ...

Hilf. Infolge Preissteigerungen bei der mit der Herstellung ...

Hilf. Regelung der Kirchensteuer. Um den ...

Hilf. Die Nahrungsmittelekzise im Bouillonwettbewerb ...

Hilf. Kleine Nachrichten. In Stendal wurde vom Arbeitgeber ...

Rum und Wissenschaft.

Stadthaus. Frau Grillparzer, Oesterreichs bedeutendster ...

Stadthaus. Frau Grillparzer, Oesterreichs bedeutendster ...

nach erfordert, welche sich alle fünf Jahre abspielen, so muß diese ...

Die Tischlerin hat hier zum ersten Male Helene Scherberg ...

Parteienrichten.

Die Jenener und der Parteitag. Die Jenener Parteigenossen ...

Lebensmittel-Kalender.

Der ersatz mit Lebensmitteln. In der Woche vom 30. Juni ...

Städtischer Verkauf von Viehfleisch und Schweinefleisch ...

Der Verkauf von Viehfleisch findet am Freitag, den 27. Juni ...

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 28. Juni ...

Städtisches Verkauf von Schweinefleisch (Horsfleisch) ...

Städtisches Verkauf von Fleisch am Sonnabend, den 28. Juni ...

Warenmarkt über Rindfleisch und Kalbfleisch. Die ...

Halle, den 27. Juni 1919. Der Markt.

Antihäufige Bekanntmachungen für Weizenfleisch.

Hilfsfleisch. Die Hilfsfleischs in der Woche vom 30. Juni ...